Streit um Containerplätze

Kommission des Berner Stadtrats erteilt **Hauskehricht-Sammelplätzen in Grossüberbauungen** eine Absage

In den neuen Wohngebieten Brünnen, Weissenstein/Neumatt und im Acherli plant die Stadt Bern kollektive Entsorgungssysteme für Hauskehricht. Die vorberatende Kommission des Stadtrats hat den Projekten allerdings die Zustimmung verweigert.

DANIEL VONLANTHEN

Vieles ist neu in der städtischen Abfallentsorgung: Im Mai 2007 tritt – verspätet – das neue Abfallreglement in Kraft, das für Bürgerinnen und Bürger, Hauseigentümer und Unternehmen teils höhere Gebühren und neue Pflichten bei der Bereitstellung des Abfalls bringt. Berns Gemeinderat möchte auch bei der Entsorgung von Hauskehricht in Grossüberbauungen neue Wege beschreiten: Der Hausmüll soll in unterirdischen Sammelcontainern bereit gestellt werden. Der Gemeinderat bewilligte einen Kredit von 1,3 Millionen Franken für erste solche Sammelstellen in den Wohngebieten Brünnen und Weissenstein/Neumatt. Die Siedlungen befinden sich bereits im Bau. Für neue Überbauungen wie Acherli und Baumgarten Ost sind ebenfalls Containerlösungen vorgesehen.

In einigen Quartieren hat die Abfallentsorgung der Stadt Bern im letzten Jahr unterirdische Container für Wertstoffe wie Glas, Pet, Büchsen und Plastik errichtet, weitere solche Sammelstellen sind geplant. Auch beim gewöhnlichen Hauskehricht setzt die Abfallbehörde jetzt auf versenkte Containersysteme – mit gutem Grund: Die mechnische Leerung geballter Ladungen ist für die Kehrichtabfuhr rationeller als das manuelle Einsammeln einzelner disperser Säcke entlang von Strassen.

Der **Wohnungsbau in Brünnen** ist fortgeschritten, das Abfallprojekt bleibt hängig. ADRIAN MOSER

Wider die wilden Deponien

Nebst dem Rationalisierungseffekt für die Abfallentsorgung haben die kollektiven Einwurfsäulen auch für Hauseigentümer und Abfallverursacher Vorteile: Hausmüll modert nicht auf Balkonen und in Hauseingängen, es gibt keine wilden Deponien, der Kehricht kann täglich aus dem Haus geschafft werden. Zudem schonen die kollektiven Systeme die Rücken der Abfuhrleute und verschönern das Quartierbild. In Genf und in Tessiner Städten sind solche Containerlösungen für Hauskehricht bereits grossflächig in Betrieb; in Neuenburg steht die Einführung bevor.

Um Abfalltourismus zu vermeiden, sind die Einwurfsäulen mit einem elektronischen Kontrollsystem ausgerüstet; ausschliesslich berechtigte Bewohner und Bewohnerinnen erhalten den entsprechenden Chip. Ein elektronisches Füllstandsmesssystem informiert die Einsatzzentrale der Abfallentsorgung über den Zeitpunkt der Leerung, wodurch unnötige Transporte vermieden werden. Berns Gemeinderat rechnet mit Einsparungen bei den Betriebskosten, weil für Containerleerungen weniger Personal und Fahrzeuge nötig sind als für das Abführen loser Kehrichtsäcke. Konkrete Berechnungen indes lagen zunächst nicht vor.

Daten zur Wirtschaftlichkeit

Bei der vorberatenden Kommission des Berner Stadtrats fielen die Kreditanträge durch; die Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün liess das Geschäft bereits zweimal von der Traktandenliste absetzen. Grund: Die Abfallentsorgung habe es versäumt, Daten zur Wirtschaftlichkeit zu liefern. Im Januar soll das Geschäft der Kommission erneut vorgelegt werden. Inzwischen empfing der Leiter der Abfallentsorgung, Beat Hunziker, eine Delegation zur Vorbesprechung. Gemäss Hunzikers Berechnung sind bei der Containerlösung jährliche Einsparungen gegenüber der konventionellen Entsorgung von 45 Prozent möglich. Je breiter die Anwendung, desto grösser der Rationalisierungseffekt, so Hunziker.

Die Zeit drängt

Streitpunkt ist auch der Kostenanteil der Grundeigentümer: Die privaten Besitzer verpflichten sich «zur Übernahme eines Teils der Kosten im Umfang der Kosten für oberirdische Container und Stellplätze», schreibt der Gemeinderat. Für die Wohnungen in Brünnen zeichnet die gleichnamige Infrastrukturgenossenschaft verantwortlich: Die Genossenschaft begrüsse das neue Kehrichtsystem und habe sich bereit erklärt, rund 20 Prozent der Kosten zu tragen, sagt Geschäftsführer Jürg Herzog. Doch nun, nach zweimaliger Absetzung des Geschäfts durch den Stadtrat, werde die Zeit knapp, seien doch die Bauarbeiten bereits weit fortgeschritten, so Herzog. Wenn es nicht gelinge, bis März 2007 einen verbindlichen Entscheid zu fällen, müsse das Bauvorhaben überarbeitet werden. In Brünnen werden in den nächsten Jahren gemäss Planung über 1000 neue Wohnungen gebaut.

Auch in Weissenstein/Neumatt, wo mehrere Grundeigentümer beteiligt und 400 Wohnungen im Bau sind, drängt die Zeit. Als Standortgemeinde ist auch Köniz an der Lösung interessiert, erteilte doch deren Parlament der Stadt Bern bereits im August den Auftrag zur Containerentsorgung.

Der Präsident der zuständigen Stadtberner Kommission, SP-Stadtrat Andreas Flückiger, zeigt sich wenig erfreut über dieses Geschäft: Im Grunde genommen hätte die Beteiligung der Stadt an den Erstellungskosten für Containerplätze in Infrastrukturverträgen geregelt werden müssen.

«Lex Wasserfallen» (endlich) evaluieren

Seit zehn Jahren gibts den **Wegweisungsartikel** – nun soll seine Anwendung in der Stadt Bern erstmals unabhängig untersucht werden

Berns Wegweisungspraxis ist politisch stets heiss umstritten geblieben, hat juristisch schon mehrmals nachgebessert werden müssen – und doch ist die Handhabung dieses zehn Jahre alten Artikels nie unabhängig überprüft und hinterfragt worden. Das soll nach dem Willen der SP 2007 endlich geschehen.

RUDOLF GAFNER

Vor zehn Jahren hat das bernische Stimmvolk den seinerzeit von Kurt Wasserfallen (fdp) im Grossrat eingebrachten Wegweisungsartikel 29 im Polizeigesetz gutgeheissen. In der Stadt Bern wurde der Artikel ab dem Jahr 2000 ebenso vorreiterhaft wie zeitweise extensiv genutzt, namentlich als Mittel gegen die Bildung randständiger Gassenszenen. Nicht weniger als 4500 Wegweisungsverfügungen wurden seit damals ausgestellt. Indes: Ganz genau weiss das wohl niemand, denn anfangs wurde nicht einmal richtig Buch geführt – geschweige denn je eine unabhängige Evaluation über Sinn und Unsinn, Wirkung und Nutzen dieser Praxis durchgeführt, obwohl sie politisch stets umstritten blieb, wobei die Gegner gerade auch ihren Nutzen anzweifelten.

«Was genau heisst Ultima Ratio?»

Die grösste Partei in der Stadt ist nicht länger bereit, dieses Vakuum zu dulden: Die SP fordert vom Gemeinderat, die Wegweisungspraxis in der Bundesstadt «bis Ende 2007 bezüglich Zielsetzung und Wirkung unabhängig evaluieren zu lassen». Die SP/Juso-Fraktion im Stadtrat hat ein von Beat Zobrist und Thomas Göttin initiiertes Postulat eingereicht. Die Wegweisungen, vor sieben Jahren in Bern «als Sanktion für in der Öffentlichkeit unerwünschtes Verhalten gestartet», seien «zuerst ziemlich wahllos angewendet» und erst «im Laufe der Jahre und unter Berücksichtigung einschränkender Gerichtsentscheide» zurückhaltender, «offenbar etwas vorsichtiger angewendet» worden, schreiben Göttin und Zobrist in ihrem Vorstoss. Obwohl das Polizeiinstrument «heftig umstritten» sei und «Wirkung und Notwendigkeit unklar» seien, habe der Gemeinderat «nie kommuniziert, bei welchen Kategorien von Zuwiderhandlungen weggewiesen wird, was genau für die Polizei Ultima Ratio heisst, wie sich die Wegweisungen auf die betroffenen Personen auswirken, wie die Wirkung für die Öffentlichkeit ausfällt, welche Zielsetzungen erreicht und welche nicht erreicht wurden und ob sich der personelle und administrative Aufwand wirklich lohnt».

Dass der Gemeinderat die Wegweisungen nie auswerten liess, sei «bei einer so aufwändigen und zugleich umstrittenen Massnahme unverständlich», argumentiert die SP. Die Sozialdemokraten hatten bereits im letzten Mai die Initiative für eine Evaluation der «Lex Wasserfallen» ergriffen – und nachdem nicht bloss Parlamentarier und Öffentlichkeit, sondern etwa auch die Sozialdirektion von Edith Olibet (sp) klare Fakten als Basis zur politischen Beurteilung erbeten hatten, reagierte Polizeidirektorin Barbara Hayoz (fdp), indem sie erstmals Wegweisungen detailliert nach Kategorien Betroffener aufschlüsseln liess.

Hayoz lieferte Fakten, SP beharrt

Letzteres mit interessantem Ergebnis, zeigte sich doch, dass von Januar bis Ende August 2006 fast die Hälfte der Wegweisungen, 98 von 199 Fällen, nicht Randständige betrafen, sondern «mutmassliche Dealer», wie Polizeikommandant Jörg Gabi im Oktober an einer Diskussion der Grünen Freien Liste (GFL) erklärte. Eine Interpretation dieser Erkenntnisse ist allerdings schwierig – eben weil keine genügenden Vergleichsdaten aus früheren Jahren verfügbar sind. Ob das Verhältnis «mutmassliche Dealer» und «Randständige» erst in jüngerer Zeit so ist oder schon in Vorjahren so war, weiss niemand genau.

Eine Delegation der SP-Sektion Bern Nord traf sich Ende Oktober zu einer Aussprache mit der Polizeidirektorin, lobte Hayoz für ihre Bemühungen um verlässliche und detaillierte Zahlenerhebungen – beharrte im Übrigen aber auf ihrer Forderung nach einer unabhängigen Evaluation. Das von Hayoz gelieferte Zahlenmaterial sei «für die Beurteilung der bisherigen Wegweisungspraxis unerlässlich, es ersetzt aber keineswegs eine seriöse Evaluation der Zielsetzung, Handhabung und Wirkung», so SP-Fraktionschefin Giovanna Battagliero.

Hayoz' Zahlen sollen dem Stadtparlament zur Kenntnis gebracht werden, und geht es nach dem Willen der SP, soll bis Ende 2007 auch der Evaluationsbericht vorliegen. Dieser würde umso mehr noch mit Spannung erwartet, als dass in der Stadt Bern die politische Basis für die Anwendung der «Lex Wasserfallen» bröckelt, seit nicht mehr allein SP und Linksgrüne, sondern auch GFL-Liberalgrüne skeptisch bis ablehnend Position beziehen.

Ferienmesse mit exotischem Flair

STADT BERN Alle Jahre wieder zaubert die Ferien- und Gesundheitsmesse Bern mit facettenreichen Ausstellungen aus aller Welt einen Farbtupfer in den grauen Januar – und für die anstehende 22. Ausgabe verspricht die Messeleitung erst recht besonders «exotisches Flair». Die Ferienmesse, die am 11. Januar auf dem Gelände der BEA öffnet, will «besonders viel Lust auf exotische Länder machen», wie es in einer Medienmitteilung dazu heisst. So beleuchten Sonderschauen wenig bekannte Reisedestinationen wie Brunei, das Sultanat bei Malaysia, oder eben Arktis und Antarktis. Allein eine Ausstellungsfläche von 220 Quadratmetern ist den beiden eiseskalten, mit Schlittenhunden-Gespann bereisbaren Erdpolen gewidmet. Insgesamt zeigt die 22. Ferienmesse auf vier Geschossen 130 Präsentationen – unter diesen wiederum auch zahlreiche einheimische Urlaubsdestinationen.

Exotisches auch an «Gesundheit»

Der viertägigen Messe für Ferien und Reisen angeschlossen ist auch dieses Mal die «Gesundheit», Messe für Gesundheit und Wohlbefinden. An dieser Schau, die laut Messeleitung «national sehr beliebt» ist, vermitteln Aussteller Wissenswertes zu Gesundheit, Fitness und Wellness mit Tipps und Trends zur Pflege des körperlichen und psychischen Wohlbefindens. Vertreter klassischer Methoden sind ebenso mit von der Partie wie Spezialisten für «exotische Therapieformen». In der Messeplattform «Body & Soul» sollen die Besucherinnen und Besucher das eine und andere gleich an Ort «probieren und testen» können. So bietet beispielsweise der Apothekerverband Bern an einem Stand eine Hauttypanalyse an. (rg)

[i] **22. FERIEN- UND GESUNDHEITSMESSE BERN:** Gelände BEA Bern Expo, in Gebäude G2 (Hallen 210/220) und Gebäude G1 (Halle 120). 11. bis 14. Januar, Do und Fr 13 bis 21, Sa und So 10 bis 18 Uhr. Eintritt für Erwachsene 12 Franken, für Leute ab 60 und Jugendliche 8 Franken.

KURZ

Passanten beraubt

STADT BERN Gestern Abend kurz vor 17 Uhr wurden zwei junge Passanten auf der Passerelle an der Schanzenstrasse von zwei unbekannten Männern angesprochen. Einer der Männer drohte mit einem waffenähnlichen Gegenstand und forderte Geld. Mit einer Beute von mehreren hundert Franken flüchteten die beiden Täter anschliessend zu Fuss Richtung Bubenbergplatz. Die Opfer blieben unverletzt. Die Polizei sucht Zeugen. (pkb)

Wie wissenschaftliche Präparate entstehen

STADT BERN Welchen Anforderungen müssen wissenschaftliche Präparate genügen? Wie entstehen sie? Das erfahren Interessierte an einer Führung von Martin Troxler und Sirpa Kunz am Mittwoch, dem 3. Januar um 18 Uhr sowie (als Wiederholung) am Donnerstag, dem 4. Januar um 12.15 Uhr im Naturhistorischen Museum Bern. Die Werkstattführung gibt anhand von Säugetier- und Vogelbälgen einen Einblick. (pd)

Ökumenische Silvesterfeier in der Kirche

BOLLIGEN Mit einer ökumenischen Übergangsfeier in der Kirche wird in Bolligen das neue Jahr begrüsst. Der musikalisch umrahmte Gottesdienst beginnt um 23 Uhr am Silvesterabend. Danach wird um 24 Uhr vor dem Reberhaus auf das neue Jahr angestossen. Es sei ein schöner und stimmungsvoller Brauch, sagte die Gemeindepräsidentin Margret Kiener Nellen. Die Silvesterfeier wird in Bolligen in diesem Jahr zum sechsten Mal in diesem Rahmen abgehalten. (wal)